

«Das ginge zulasten des Service public»

Bundesrätin Doris Leuthard erklärt, warum die Initiative den Service public schwächen würde – und welche Trümpfe die SBB im Ärmel hat.

Foto: Keystone/Peter Schneider



Frau Leuthard, sind die Leistungen der SBB so schlecht, dass es diese Initiative braucht?

Doris Leuthard: Was die Initianten suggerieren, entspricht nicht der Realität. Die Mitarbeitenden der SBB erbringen konstant solide Leistungen – ob in Städten oder in entlegenen Tälern. Vielen Dank für diesen Einsatz! Die SBB ist ein zentrales Stück Service public, der unser Land zusammenhält.

In seiner Botschaft schreibt der Bundesrat, dass die Initiative den Service public schwächt. Warum?

Die Initiative will Post, SBB und Swisscom Vorschriften machen, die sie in ihrer unternehmerischen Freiheit einschränken würden. So würde ihnen untersagt, in der Grundversorgung nach Gewinnen zu streben. Das erachtet der Bundesrat als falsch. Die Unternehmen brauchen Gewinne, um in neue Dienstleistungen und Produkte zu investieren, die den Bedürfnissen der Kundinnen und Kunden Rechnung tragen. Unternehmen ohne Gewinne wären schwache Unternehmen – und dies ginge zulasten des Service public.

Von Politik und Verbänden wird die Initiative einhellig abgelehnt, doch beim Volk werden ihr Chancen eingeräumt. Mit welchen Argumenten kann die SBB die Bevölkerung überzeugen?

Indem sie ihre Arbeit so gut macht wie bisher. Zuverlässig fahrende Züge, freundliches und kompetentes Personal, vernünftige Preise: Das sind Trümpfe, die gegen die Initiative stechen werden.

Ein strittiges Thema sind Löhne. Verdienen die Chefs der Bundesbetriebe verglichen mit Ihnen zu viel?

Ich vergleiche meinen Lohn nicht mit dem eines Chefs dieser Bundesbetriebe. Wir erfüllen ja unterschiedliche Aufgaben. Seien wir uns aber bewusst: Die Initiative betrifft nicht nur CEOs, sondern sämtliche Angestellten der Service-public-Unternehmen. Diese stehen in Konkurrenz um die besten Fach- und Führungskräfte. Zudem leben sie die Sozialpartnerschaften und haben einen GAV. Müssten die Unternehmen die Lohnvorschriften der Initiative befolgen, hätten sie mehr Mühe, Spezialisten zu rekrutieren. Daher lehnen auch die Gewerkschaften die Initiative ab. **G**